

DEB FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 3

JUNI 1971

PREIS S 3,-

Neue Ära, neue Männer

Die Reform an der Spitze der Volkspartei

Der lange und mit Spannung erwartete Parteitag der ÖVP ist vorüber, die Volkspartei hat sich in einem ebenso demokratischen wie überzeugenden Wahlakt eine neue Führung gegeben, die nach ihren ersten Regungen sicherlich die Gewähr dafür bietet, die ÖVP in „optimaler Weise“ — um ein derzeit gern gebrauchtes Wort zu zitieren — durch das Wellental, in dem sie sich seit einiger Zeit befindet, und auf neue Höhen zu steuern.

Der neue Parteivorsitzende heißt Dok-

tor Karl Schleinzer, er ist als Generalsekretär unter Withalm und als Verteidigungs- und Landwirtschaftsminister in den letzten ÖVP-Regierungen der Öffentlichkeit und den Parteifunktionären ein Begriff geworden. Withalm hatte zweifellos nicht unrecht, als er den Führungswechsel als den Beginn einer neuen Ära bezeichnete. Schleinzer unterscheidet sich als Mensch, als Politiker, hinsichtlich seines weltanschaulichen Standortes und seiner Herkunft zweifellos sehr weitgehend von Politikerpersönlichkeiten,

wie ein Raab, ein Figl sie repräsentierten — Withalm war vielleicht der letzte dieser bisherigen Politikergeneration. Und wenn man sich darüber einig ist, daß eine neue Zeit auch eine neue Volkspartei erfordert, dann

(Forts. S. 2)

KZler im Wiener Rathaus

Als erste Gruppe vom Bürgermeister empfangen

Bürgermeister Felix Slavik empfing vor kurzem im Wiener Rathaus in Gegenwart der Stadträte P f o c h und N e k u l a die Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs. In seiner Begrüßungsrede erklärte der Bürgermeister, daß nun öfter kleinere Gruppen der Wiener Bevölkerung zu zwanglosen Aussprachen ins Rathaus eingeladen werden sollen. Die erste dieser Gruppe sind die Widerstandskämpfer, jene Menschen, die einen ganz wesentlichen Anteil am Wiedererstehen unserer Republik hatten. „Sie haben diesen Beitrag in einer schwierigen Zeit geleistet und niemand von ihnen ist dabei ungeschoren geblieben“, sagte der Bürgermeister.

Generalsekretär Hans Leinkauf dankte im Namen der Gäste dem Bür-

germeister als einem Kameraden und Leidensgefährten — und der Stadt, die für die Widerstandskämpfer so viel Verständnis gezeigt hat. „Wir lieben Wien“, sagte Leinkauf, „die Stadt, von der einer einmal sagte, sie sei eine Perle, der er die richtige Fassung geben möchte. Dann hat er einen Trümmerschaufenster hinterlassen. Heute ist Wien vielleicht schöner denn je, die Rose im österreichischen Bukett.“ Generalsekretär Leinkauf übergab dem Bürgermeister das neugeschaffene Ehrenzeichen der Widerstandskämpfer, ein rotes Dreieck, wie es die KZler getragen haben. Dieses Ehrenzeichen war auch Bundespräsident Jonas als Repräsentanten der Republik überreicht worden.

Die Aussprache mit den Widerstandskämpfern und KZlern dauerte mehrere Stunden.



Domkapitular Msgr. Dr. Alfred Kostelocky wurde von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten in Würdigung seiner Verdienste als langjähriger Kurator der Sammelstelle B mit dem Ehrenring der ÖVP-Kameradschaft ausgezeichnet. Bundesobmann LABg. Hans Leinkauf überreichte den Ehrenring an Msgr. Dr. Kostelocky in einer kleinen Feier, in der Kamerad Kommerzialrat Kitzel das Wirken des Domkapitulars würdigte, der als junger Theologe im Zusammenhang mit der Abwehr des Sturms junger Nazi auf das Erzbischöfliche Palais und der Attacke gegen Kardinal Innitzer einige Zeit in Gestapo-Haft verbringen mußte.

wird man nur die Meinung vertreten können, daß dazu eben auch ein neuer Politikertyp und eine neue Politikergeneration gehören.

Gerade für unsere Freunde aus der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ist es nicht gleichgültig, welchen weltanschaulichen Horizont der neue Parteiohmann für die Partei absteckt. Dr. Schleinzer hat das u. a. in seiner ersten Pressekonferenz nach seinem Amtsantritt getan und zur „Abgrenzung gegen links und gegen rechts“ festgelegt, daß in der Volkspartei alles Platz habe, was den Radikalismus, komme er nun von rechts oder von links, ablehnt und sich vom Marxismus distanziert. Mit dieser Standortbestimmung können zweifellos auch die politisch Verfolgten in der ÖVP einverstanden sein, die sich – vor allem immer wieder durch ihren Bundesvorsitzenden LÄbg. Hans Leinkauf – eindeutig für Zusammenarbeit und Versöhnung, aber ebenso eindeutig gegen jeden Extremismus ausgesprochen haben. Der Vertrauensvorschuß, der Schleinzer allgemein zugebilligt wurde, wird ihm daher sicher auch von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten nicht vorenthalten werden, wobei wir es als eine Selbstverständlichkeit erachten, daß der neue Parteiohmann den Anliegen der politisch Verfolgten ebensolches Verständnis entgegenbringen wird wie seine Vorgänger an der Spitze der ÖVP.

Mit Dr. Herbert Kohlmeier, 37, übernimmt ein Politiker der jüngeren Generation die Leitung des Generalsekretariats, der sich bisher im ÖAAB vor allem als sozialpolitischer Sprecher bewährt hat. Mit dieser Berufung erhält die ÖVP-Spitze jenen Akzent, der ihr die Glaubwürdigkeit als eine Partei verschafft, die ihr Hoffungsgebiet vor allem unter den Arbeitern und Angestellten suchen muß und die nur durch Zuwachs aus diesen Schichten wieder zur ersten Partei im Land werden kann.

Die Parteispitze – wozu nach landläufiger, jedoch durch keinerlei Statuten gedeckten Vorstellungen auch der Obmann der ÖVP-Parlamentarierfraktion, also Prof. Koren, gehört – ist daher zweifellos derzeit ein gut ausgeglichenes Team, das sich offensichtlich auch zu einer klaren Arbeitsteilung entschlossen hat. An dieser klaren Arbeitsteilung, vor allem zwischen Parteiohmann und Generalsekretär, finden manche parteiinterne Journalisten bereits wieder ein Haar

in der Suppe, indem sie die Dinge so darstellen, als hätte nur einer zu reden und der andere quasi nur bessere Hilfsdienste zu leisten. Dieselben Leute haben es in der vergangenen Ära jedesmal genüßlich festgehalten, wenn Parteiohmann und Generalsekretär sich in der selben Sache auch nur mit winzigen Nuancierungen verschieden äußerten. Wozu noch zur Abrundung des Bildes dieser Art von kritischem Journalismus festgehalten werden muß, daß man gegenüber der SPÖ weit mehr Nachsicht

und Großzügigkeit an den Tag legte.

Die neue Parteiführung wird sich als ein schlagkräftiges und von kameradschaftlichem Geist erfülltes Team zweifellos noch zusammenzufinden haben, doch sind nach der Auswahl der Personen zweifellos alle Voraussetzungen dafür gegeben. Die SPÖ als eine Minderheitspartei, deren Schwächen sich um so deutlicher herausstellen müssen, je länger sie im Amt ist, wird daher in der neuen ÖVP-Führung einen Gegner erhalten, der ihr nichts schuldig bleiben wird.

300 auf Gedenkfahrt

Rund 300 ehemalige KZler traten Anfang Juni von Wien eine angekündigte Gedenkfahrt zu Stätten ehemaliger Konzentrationslager an. Diese Fahrt wurde von der Arbeitsgemeinschaft der großen drei KZ-Verbände veranstaltet. Vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus waren u. a. Rosa Jochmann, Karl Mark und Rudolfine Muhr erschienen, von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Gemeinderat Hans Leinkauf und vom KZ-Verband Dr. Ludwig Sowinski.

Staatssekretär Gertrude Wondrack verabschiedete die KZler namens der Bundesregierung. Dann setzte sich der Konvoi in Bewegung, der von Wien über Hamburg nach Neuenhammer, dann nach Ravensbrück,

Oranienburg-Sachsenhausen und Theresienstadt führte. An all diesen Gedenkstätten wurden die Reiseteilnehmer von ehemaligen Mitkämpfern und Leidensgenossen begrüßt.

Mit der Staatssekretärin, die der Reisegesellschaft auch die Wünsche des Bundeskanzlers mit auf den Weg gab, waren der Gesandte der CSSR in Österreich sowie ein Vertreter der Handelsdelegation der DDR zur Verabschiedung gekommen. Im Namen der Veranstalter der Fahrt dankte die Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, Rosa Jochmann, für die an die Reiseteilnehmer gerichteten Abschiedsworte.

Die in acht Autobussen reisenden 350 Teilnehmer trafen am 13. Juni wieder in Wien ein.

Neuer Prozeß wegen Flugzeugentführung

In Leningrad steht angeblich ein neuer Prozeß gegen neun Juden im Zusammenhang mit einer versuchten Flugzeugentführung im Juni vergangenen Jahres bevor.

Alan Freeman, der Leiter der britischen Universitätskommission für das sowjetische Judentum, hat einen Telefonanruf aus Leningrad erhalten, in dem die Gerichtsverhandlung angekündigt wurde.

Bereits im Dezember vergangenen Jahres waren elf Juden wegen ver-

suchter Flugzeugentführung zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Zwei Todesurteile waren nach weltweitem Protest aufgehoben worden. Im Jänner wurde ein Offizier der Sowjetarmee, ebenfalls Jude, zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Die neun Juden, die jetzt vor Gericht gestellt werden sollen, hatten vor der versuchten Flugzeugentführung einen Brief an UNO-Generalsekretär U Thant geschrieben.

Ein Putsch, der keiner war

„Marsch auf Rom“ endete in der Flucht

Fürst Junio Valerio Borghese, Abkömmling einer berühmten römischen Hochadelfamilie, hat sich bisher als bravouröser Soldat und neofaschistischer Demagoge einen Namen gemacht. Jetzt hat der Mann, der sich D'Annunzios Motto „Denke daran, immer zu wagen“ zum Leitspruch wählte, sich in die Reihe der politischen Wirkköpfe eingereiht, denen vor der Wirklichkeit im Augenblick der Entscheidung nur die Flucht bleibt.

Mit dem Ruf „Ankara, Atene, adesso Roma viene“ zogen vor einigen Wochen Rechtsextremisten durch das Zentrum der italienischen Hauptstadt. Sie begleiteten eine Demonstration des „Freundeskreises der Streitkräfte“. Vier Tage später meldeten die Zeitungen in großen Schlagzeilen die Aufdeckung eines angeblichen neofaschistischen Putschversuches. Drohte der Demokratie in Rom wirklich ein Athen oder ein Ankara?

Gewisse Tragödien wiederholen sich als Faros. Daran erinnerte Ignazio Silone, als er jetzt im Zusammenhang mit dem Putsch-Erthüllungen gefragt wurde, ob seiner Meinung nach in Italien ein neues 1922, ein zweiter faschistischer „Marsch auf Rom“ möglich sei. Heute, so sagte er, gebe es nicht einmal den Schatten einer faschistischen Gefahr.

Nach dem bisherigen Stand der polizeilichen Ermittlungen ergibt sich der folgende Tatbestand: Am 7. Dezember vorigen Jahres versammelten sich in zwei römischen Turnhallen etwa tausend Mitglieder der rechtsradikalen Organisation „Fronta nazionale“ (Nationale Front). Sie planten angeblich, in der Nacht zum 8. Dezember das Innenministerium zu besetzen, die Parlamentarier aller politischen Parteien zu verhaften und dann die Macht im Staate an sich zu reißen. Der Chef der Nationalen Front, Fürst Junio Valerio Borghese, soll jedoch die Aktion in letzter Minute wegen „unvorhergesehener Schwierigkeiten“ wieder abgeblasen haben.

Briefe an Generale

Noch im Dezember wurde, wie Innenminister Restivo jetzt im Parlament mitteilte, eine Ermittlungsaktion eingeleitet. Mitte Februar schaltete sich die Staatsanwaltschaft ein. Sie ordnete zwischen dem 7. und 13. März

insgesamt 32 Hausdurchsuchungen in Rom, Genus, Mailand, Bari und Neapel an. Schließlich wurde Ende vergangenen Monats gegen den flüchtigen Fürsten Borghese und gegen drei kurz vorher festgenommene Mitglieder seiner Organisation – einen Major der Reserve, einen Baumeister und einen ehemaligen Leutnant der Fallschirmjäger – Haftbefehl wegen politischer Verschwörung und wegen bewaffneter Aufstandsversuchs gegen den Staat erlassen.

Bei den Hausdurchsuchungen sollen neben anderen belastenden Dokumenten – unbesichtigten Berichten zufolge – auch Briefe gefunden worden sein, die angeblich eine Verbindung zwischen der Nationalen Front und sieben aktiven Generalen aufdeckten.

Kein Führer für Millionen

Soweit der Sachverhalt. Er wirkt auf den ersten Blick eher grotesk als dramatisch. Eine politische Splittergruppe, die im besten Falle auf einige tausend Anhänger in einem 50-Millionen-Volk zählen kann, hat versucht, Putsch zu spielen. Noch ehe es ernst wurde, haben sich ihre Aktiven jedoch heimlich wieder aus dem Staub gemacht.

Der Chef des Unternehmens, Fürst Borghese, galt schon immer als politischer Narr. Mit seiner Flucht vor der Verantwortung brachte er sich jetzt auch noch um den Ruf, ein tollkühner Condottiere zu sein. Der einstige Flugzeugkommandant und spätere Kommandeur der berühmten X MAS, einer aus der Marine hervorgegangenen Spezialtruppe, die von Mussolini nach dem Waffenstillstand des Jahres 1943 vornehmlich zur Partisanenbekämpfung eingesetzt worden war, tauchte unter und ließ seine „Getreuen“ im Stich.

Hinter dem 64jährigen steht nicht, wie 1922 hinter Mussolini, eine politische Massenbewegung. Nicht einmal die 1,4 Millionen erklärten Neofaschisten, die 1968 ihre Stimme für die „italienische Sozialbewegung“ abgegeben hatten (4,5 Prozent der italienischen Wählerschaft) erkennen ihn als ihren Repräsentanten an.

Trotzdem hat sein mißglückter „Putschversuch“ weithin Aufsehen erregt. Für die italienische Presse bildete er lange das Hauptthema. Beide

Häuser des Parlaments haben seine wegen ihrer Sitzungen unterbrochen und vom Innenminister Aufklärung verlangt. Die Regierung selbst tat kaum etwas, um die Affäre auf ihre im Grunde sehr bescheidenen Dimensionen zurückzuführen. Denn auf diese Weise wurde sie in die Lage versetzt zu zeigen, daß sie nicht nur, wie die Kommunisten seit Monaten behaupten, gegen den Linksextremismus, sondern auch gegen den Rechtsradikalismus energisch vorgehe.

Daß Fürst Borghese und seine Mannen – auf sich selbst gestellt – auch nicht im entferntesten in der Lage gewesen wären, den demokratischen Staat aus den Angeln zu heben, steht jedenfalls außer Frage. Umgekehrt ist freilich vorläufig noch, inwieweit sie wirklich – wie gerücheweise verlautet – Verbindungen zu aktiven Offizierskreisen aufgenommen hatten.

Wer die italienische Armee einigermaßen kennt, wird diese Gerüchte allerdings nicht allzu ernst nehmen. Das italienische Offizierskorps hat, so konservativ es in seiner Mehrheit eingestellt sein mag, keinerlei Putsch-Tradition. Es hat sich stets der politischen Macht untergeordnet. Auch im Sommer 1964, als der damalige Carabinieri-Oberbefehlshaber De Lorenzo – anscheinend etwas außerhalb der verfassungsmäßigen Legalität – gewisse Vorbereitungen für ein innenpolitisches Eingreifen seiner Truppe traf, glaubte er wohl zumindest, sich in Übereinstimmung mit einem maßgebenden Verfassungsorgan zu befinden.

Ohne Lust zum Komplott

Derartige Implikationen sind jedoch im Falle Borghese völlig auszuschließen, und deshalb ist auch kaum anzunehmen, daß der „schwarze Fürst“ entschlossene Mitstreiter im Offizierskorps gefunden hätte – selbst wenn er mit dem einen oder anderen General wirklich in Briefwechsel gestanden haben sollte. So krisenanfällig die italienische Demokratie in mancher Hinsicht sein mag: Von der griechischen Verschwörer-Atmosphäre des Frühjahrs 1967 und von der Bevormundung durch die Armee nach türkischem Muster trennen sie Welten.

Friedrich Meißner
(Freiheit und Recht)

Wie es im „Osten“ zugeht

Anläßlich des vor einem Koblenzer Gericht schwebenden Meineid-Verfahrens gegen den ehemaligen Staatssekretär im Bundesentwicklungsministerium Prof. Friedrich Karl Vialon, veröffentlicht die Stuttgarter Zeitung „Christ und Welt“ einen Artikel, der u. a. eine zeitgemäße Betrachtung der damaligen Verhältnisse in den von deutschen Amtsstellen verwalteten Ostgebieten enthält, die ein anschauliches Bild nazistischer Gewaltherrschaft abgibt.

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1941 war ein großer Bezirk nordost-europäischer Gebiete zusammengefaßt worden und hieß der „Neuordnung“. Zu ihm gehörten damals die drei baltischen Staaten sowie Weißruthenien, die gemeinsam jetzt das Reichskommissariat für das Ostland (RKO) unter dem Ex-Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, bildeten, der sein Land von Riga aus regierte.

Vor dem Einmarsch der deutschen Armee ins Baltikum hatten dort die Russen geherrscht. Bei Ausbruch des Krieges lebten im Raum des RKO knapp siebenhunderttausend Juden. Bis zum Dezember 1941 war die Hälfte dieser Juden ermordet worden, der Rest galt als geflohen. In mehreren Wellen war die Vernichtung über die Opfer des deutschen Rassismus gekommen: Unmittelbar hinter der Armee operierten volkdeutsche „agents provocateurs“, der jeweiligen Landessprachen mächtig, die die Einwohner zu Pogromen gegen die Juden aufriefen.

Gemetzel und Massaker von unvorstellbarer Grausamkeit fanden damals statt, endeten aber meist bald. Dies genügte der SS-Führung nicht, die daraufhin Einsatzgruppen, Polizei und

SS, aktivierte. In Riga fanden die letzten Massen Hinrichtungen durch Spezialverbände zwischen dem 30. November und 7. Dezember 1941 statt. In wenigen Tagen wurden absichts der Stadt 20.000 Juden erschossen.

Nach Abschluß dieser ersten Vernichtungsaktion und nach der totalen Eroberung des RKO-Gebietes hatten rund 900.000 Flüchtlinge ihre Heimat verlassen, waren verschleppt worden, ermordet oder in die Wälder geflohen. Etwa 130.000 Wohnungen standen leer, hertenloses Eigentum lag umher, das sich aneignete, wer wollte. „Das Ostland war ein einziger Bauhaufen“, urteilte später ein Soldat, der bei den Kämpfen um Riga verwundet worden war.

Gerüchte liefen um, die nicht unwahrscheinlich klangen: Über Pflücker, die in Landhäusern und Schlösschen wertvolle Eigenstände einfach aus den Rahmen schnitten und dann mit der Feldpost nach Hause schickten, über einen sagenhaften „Fährhri“, der

einen ganzen Lkw voll geplündertem Silber nach Deutschland in Bewegung gesetzt, dabei ertrappt und „strafversetzt“ worden war. Kleinere Übergriffe waren an der Tagesordnung, dem Sieger gehört bekanntlich die Beute; doch das hertenlose Gut zog auch größere Asagier an.

Um die Jahreswende arbeiteten, planten und plünderten nebeneinander kämpfende Verbände und Nachschuborganisationen von Heer und Luftwaffe, außerdem Polizei, SS, Organisation Todt und die Männer vom „Wirtschaftsstab Ost“, um nur einige zu nennen. Das Kommissariat war in einzelne „Gebiete“ eingeteilt worden, doch die Zuständigkeiten und das Recht, Befehle zu erteilen, waren völlig unklar. Einsatzgruppen zur Judenvernichtung verstanden direkt Reichsführer Himmler, SS-Verbände durften von Gebietskommissaren keine Weisungen entgegennehmen. „Die Polizei führt in den besetzten Ostgebieten nahezu ein völliges Eigenleben“, klagte im März 1942 Ostminister Rosenberg bei Hitler, der darüber nicht sonderlich erregt schien.

Die Mahrung

Älter als Nürnberg

Oberleutnant William Calley, wegen 22fachen Mordes an Zivilisten in My Lai, Vietnam, zu lebenslanger Strafe verurteilt, ist das Symbol für eine geteilte und verblirrte Nation: Politische und persönliche Emotionen auf der einen Seite, der Rechtsstandpunkt „Mord bleibt Mord“ auf der anderen. Präsident Nixon hat sich durch eine politische Erklärung selbst die letzte Entscheidung über das Schicksal Calleys vorbehalten (die er als Commander-in-Chief ohnehin hat!) und durch die Entlassung des Offiziers aus der Untersuchungshaft seine Stellung bezogen.

Auf der anderen Seite sehen wir den Ankläger im Kriegsverfahren, den Hauptmann der Militärjustiz Aubrey Daniel. Er beklagt sich in einem ausführlichen offenen Brief an den Präsidenten mit starken Worten über dessen politisches Pronunciamento für einen wegen Mordes Verurteilten und geißelt das Eingreifen der Exekutive in einem noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren. Die sechs

militärischen Geschworenen, die nach feiner Verhandlung im längsten Kriegsverfahren der USA den Schuldspruch fällten, verteidigten ebenfalls die Rechtsfindung. Der frühere Attorney General Ramsey Clark stellt öffentlich fest: „Tötung unschuldiger Zivilisten im Krieg ist und bleibt Mord. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ ist älter als Nürnberg und den Verbrechern in allen zivilisierten Staaten seit Kindheit bekannt. Immer wieder habe ich in Nürnberg die dort wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Angeklagten an dieses göttliche Gebot erinnert, das sie so gräßlich mißachtet hatten.“

Die bittere und aufregende nationale Kontroverse wird allmählich in den USA abebben. Sie wird jedoch zwei wichtige Folgen haben, die sich langsam abzeichnen: Sie wird die Beschleunigung des Endes im Vietnam-Krieg fördern und die Achtung vor dem unvergänglichen Recht. — So mag auch das Böse zum Guten führen. DM

KRANZNIEDERLEGUNG IN MAUTHAUSEN

Der Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, Weihbischof Władysław Rubin, der von Kardinal Stefan Wyszyński mit der Leitung der Seelsorge für die Polen im Ausland betraut ist, besuchte am Nachmittag des 1. Mal das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen und legte am polnischen Mahnmahl einen Kranz nieder.

Spanien: Bischofs-Protest

Gegen willkürliche Verhaftungen und Folterungen

Der Weihbischof von Pamplona, Jose Maria Larrauri Lafuente, hat zusammen mit 200 Priestern der Erzdiözese die Verfolgung spanischer Arbeiter sowie die Folterungen politischer Gefangener in Spanien öffentlich gebrandmarkt. „Ich bin kein Politiker, sondern ein Kirchenführer; als solcher habe ich keine andere Wahl, als die Folterungen an den Gefangenen an die Öffentlichkeit zu tragen. Ich habe ihre Wirkung mit eigenen Augen gesehen“, stellte der Bischof wörtlich in einer Predigt in der Kathedrale fest.

Der Bischof wandte sich in seiner Ansprache gegen die „unbegründeten Verhaftungen“, „grausamen Verhöre“, „moralischen und psychischen Foltern, den systematischen Versuch, die Volkseinstimmung zu regulieren“ und die „schändlichen und erniedrigenden Angriffe auf die Menschenwürde“.

Babij-Jar-Prozeß in Regensburg

Die Judenmorde in der Schlucht von Babij-Jar bei Kiew stehen im Mittelpunkt eines Prozesses, der Anfang Mai vor einem Gericht in Regensburg begonnen hat. Unter der Anklage der Beihilfe zum Mord und der Mittäterschaft bei vielfachem Mord müssen sich drei ehemalige Polizeioffiziere, der 75jährige Martin Besser, der 58-jährige Engelbert Kreuzer und der 66-jährige Fritz Forberg, verantworten. Der Staatsanwalt wirft den Männern vor, im Herbst 1941 bei sogenannten Säuberungsaktionen in Südrussland an der Erschießung von mehr als 40.000 jüdischen Kindern, Frauen und Männern beteiligt gewesen zu sein. Eine besondere Rolle werden im Prozeß die Vorgänge in der Schlucht von Babij-Jar spielen, in der an zwei Tagen etwa 33.000 Juden aus Kiew erschossen wurden. Das Verfahren gegen einen vierten Angeklagten, den ehemaligen Oberst René Rosenbauer, wurde wegen Verhandlungs- und Vernehmungsunfähigkeit des 62-jährigen eingestellt. Für den Prozeß ist eine Verhandlungsdauer von drei Monaten vorgesehen.

Gleichzeitig kritisierte er die „unmenschlichen Lebensbedingungen“ und die „Herabwürdigungen der Arbeiter zum Werkzeug für den Profit“. „Auch hier in Pamplona geschehen diese Dinge“, erklärte der Bischof wörtlich, „doch jetzt ist es genug! Ich bin nicht gegen das Gesetz und das Gesetz muß beachtet werden. Aber in Spanien darf kein Gesetz existieren, das die oben angeführten Verletzungen toleriert. Jene, die solche Mißbräuche begehen, befehlen oder tolerieren, dürfen sich nicht Christen nennen.“ Denn diese Mißbräuche, die jeder wahre Christ verurteilen müsse, seien Verstöße gegen das Gebot Gottes.

Die 200 Priester der Erzdiözese Pamplona, deren Oberhirte, Kardinal Tabera Arazo, bekanntlich vor kurzem als Leiter der Gottesdienstkongregation nach Rom berufen wurde, veröffentlichten eine eigene Stellungnahme, in der sie gegen „die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Verhöre“ protestierten, „denen viele unserer Landsleute unversehrt sind“. Auch die Priester nahmen gegen die „physischen, moralischen und psychischen Folterungen und Mißhandlungen vieler Gefangener“ Stellung. Bei den endlosen Verhören müsse „man über seine Anschauungen, Verbindungen, sein Verhalten und seine Bekannten Auskunft geben, was wiederum die Zahl der verdächtigen Bürger – oder, was schlimmer ist, die Zahl der Verfolgten – erhöht“. Sie hätten sich, so erklärten die 200 Priester, mit anderen Klerikern und Laien beraten und seien zu dem Ergebnis gekommen, „daß es notwendig ist, die schweren Repressalien, unter denen das Volk leidet, der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Vor unserem Gewissen ist es unsere Aufgabe, für unsere Mitbrüder zu sprechen, die bestraft, verhaftet, verhört und verfolgt werden, für die, die fischen mußten, für die, die gefoltert wurden; kurz, für alle Mitmenschen, die ihren eigenen Protest nicht mehr vorbringen können.“

Über die Verurteilung der Beibräutigter der Menschenrechte hinaus wiesen die Priester auch auf die „zahlreichen Entlassungen und Repressalien“ hin, die im Falle von An-

beitskonflikten gegen Arbeiter angewandt würden. Diese Repressalien, Anzeigen und Beschuldigungen hätten unter der Arbeiterschaft zu einer regelrechten Angstpsychose geführt. „Viele mußten ihre Heimat verlassen oder sich verborgen.“ Die 200 Priester forderten in ihrer Stellungnahme abschließend das Regime auf, diese Repressionen umgehend einzustellen, die verhängten Strafen aufzuheben und unrechtmäßig Entlassene wieder an ihren früheren Arbeitsplatz einzustellen.

Der Protest des Bischofs und der Priester durfte in den spanischen Zeitungen nicht veröffentlicht werden.

Adolf Hämmerle †

Am 16. Mai starb nach kurzer Krankheit und kurz nach der Vollendung des 90. Lebensjahres, die wir auch in unserem Blatt feiern konnten, der Senior unserer Kameradschaft, Altlandesrat Adolf Hämmerle, Lustenau. Mit ihm betrauern wir einen stets hilfsbereiten Kameraden. Unzählige sind die Akte der Kameradschaft und Opferbereitschaft, die der Verewigte gesetzt hat. Ein stets aufrechter Österreicher, ein braver Kaiserjäger und guter Kamerad ist von uns gegangen. Bestehen bleibt aber das Erinnern an den Heimgegangenen. Die Beerdigung fand am 19. Mai in Lustenau statt.

Als Landesrat und Landtagsabgeordneter wirkte Adolf Hämmerle für die Wirtschaft des Landes, insbesondere für die Stickerei- und Energiewirtschaft. Die Sorge um seine Heimatgemeinde Lustenau als Vizebürgermeister und Gemeinderat, war ihm stets eine Herzenssache, genau wie das Wohl seiner Erlöserpfarre, für die er wie ein Vater sorgte.

Gedenkminute für NS-Opfer

Im Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus gegen die Juden ruhte kürzlich in Israel für eine Minute jeglicher Verkehr. Während der Gedenkminute, die im Rahmen zwölfstündiger Trauerfeierlichkeiten für die sechs Millionen ermordeten Juden stattfand, hallten im ganzen Land die Luftschutzsirenen, Menschen verharrten in stillen Gedenken auf den Straßen und in Synagogen wurden Gebete gesprochen.

Dokumente aus Stutthof

Das Einlieferungsbuch des KZ Stutthof mit fast 27.000 Namen aus den Jahren von 1941 bis 1945, Karteikarten mit Fieberkurven der Malaria-Versuchsstation im KL Dachau, Krankengeschichten von Häftlingen des KL Groß-Rosen, Patientenverzeichnisse des befreiten KL Buchenwald, Dachau und Mittelbau, Karteikarten des Gettos Theresienstadt, Vollstreckungslisten von Todesstrafen von Bielefeld/Kattowitz, Königsberg und Posen, Rapporte, Anklageschriften des Volkgerichtshofes sowie wichtige andere KZ-, Deportations-, Gefängnis- und Strafvollzugsakten hat der Internationale Suchdienst (ITS) in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 erworben. Sie stammen aus den Archiven der früheren Lager, vom amerikanischen General Services Administration Military Personnel Records Center, St. Louis, Missouri, vom Jüdischen Komitee für Theresienstadt in Wien, von belgischen Regierungsposten und anderen Institutionen und Einzelpersonen: Das Bundesarchiv in Koblenz hat hier und da vermittelnd geholfen.

Diese und andere interessante Angaben finden sich im Tätigkeitsbericht 1970 des ITS, der Mitte März veröffentlicht worden ist. Nach ihm umfasst allein die Abteilung „KZ-Dokumente“ 3,6 Millionen Einzelstücke und mehr als 3300 Ordner mit über 500.000 Blättern. Das Kindersucharchiv enthält

16.000 Aktenstücke und Listen mit 235.000 Namen sowie mehr als eine Million individuelle Dokumente. Die Suchanfragen kamen 1970 vorwiegend aus Polen und der UdSSR, wo Familien 26 Jahre nach Kriegsende noch immer nicht zusammengefunden haben. Da aber viele Verschleppte oder befreite KZ-Gefangene nach 1945 als DP nach Übersee ausgewandert sind, ohne ihre Angehörigen zu Hause davon benachrichtigen zu können, leistet der ITS mit Unterstützung der Einwanderungsförderer wertvolle Hilfe und führt die Getrennten wieder zusammen.

Aus dem Tätigkeitsbericht geht weiter hervor, daß der Rahmenentwurf für den 2. Band des Verzeichnisses aller Haftstätten im „Dritten Reich“ aufgestellt worden ist. ITS-Direktor de Cocatrix teilte auf Anfrage ergänzend mit, daß der zweite Band – der erste ist Ende 1969 erschienen – etwa 1974 vorgelegt werden dürfte. Band zwei soll eine „detaillierte Gesamtübersicht über die Organisation und die innere Verwaltung der KL“, wie sie sich aus den erhalten gebliebenen Dokumenten darstellt, bieten. Außerdem wird er ein geographisches Verzeichnis aller NS-Haftstätten sowie Beiträge über die Menschenversuche in den verschiedenen KL enthalten.

Heiner Lichtenstein
(Freiheit und Recht)

Das Kriegsende

„Krieg in Österreich 1945“, von M. Rauchschneier, Det. Bundesverlag, 388 Seiten, 5 188.-.

Am Tage der bedingungslosen Kapitulation waren in österreichischem Boden Millionen längst gebrochener deutscher Soldaten zusammengedrängt. Wie sich nun die Waffenstreckung im einzelnen vollzog, wie die im Osten stehenden Hitlerschen Truppen in einer letzten „Absetzbeziehung“ versuchten, nach dem Westen und damit in amerikanische oder englische Kriegsgefangenschaft zu

entfliehen, das ist der Höhepunkt und Schluß des nüchtern-kühlen Buches.

„Krieg in Österreich 1945“ will alle Aspekte der letzten Kriegswochen aufzeigen. Die selbstmörderische Phase der Vorbereitung von zwecklosen Abwehrmaßnahmen, die schreiende Not der geknebelten Bevölkerung, die heroische Rolle der österreichischen Widerstandsbewegung, das alles kommt genauso zum Ausdruck wie das Kampfgeschehen selbst, die töricht vielfältigen Phasen der Operationen, das entscheidende Kräfte-

aufgebot der Alliierten, die Haltung der den Zusammenbruch erlebenden, längst innerlich besiegten deutschen Soldaten, ihre panische Furcht, in eine letzte sinnlose Kesselschlacht verwickelt zu werden, ihre längst fällig gewordene Gefangennahme und das schöbige Finale eines verbrecherisch entstandenen „Reiches“.

B. D.

Eine Kirche für Auschwitz

Jeder Versuch, die kirchliche Autorität für oder gegen die unterzeichneten Verträge mit Moskau und Warschau in Anspruch zu nehmen, ist nach Ansicht der Leitung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken abzulehnen.

In einer von der Vollversammlung angenommenen Erklärung wird die Bereitschaft bekräftigt, für die Aussöhnung mit dem polnischen Volk Opfer zu bringen. Das Präsidium des Komitees soll den praktischen Kontakt mit der polnischen Kirche verstärken und die differenzierte gegenseitige Information fördern. In einer Kollekte sollen die deutschen Katholiken aufgerufen werden, für eine Kirche auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz zu sammeln.

Die Behandlung der Polen-Frage hatte ursprünglich nicht auf der Tagesordnung der Vollversammlung gestanden. Sie war jedoch bei Eröffnung der Konferenz angesetzt worden, nachdem Äußerungen des ZK-Präsidenten Albrecht Beckel (Münster) nach einer einwöchigen Polen-Reise zu Gesprächen geführt hatten.

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, beschimpfte Beckel in einer Stellungnahme, daß seine deutliche Aussage auch bei denjenigen, die die Revision historischer Realitäten fordern, einige Aufmerksamkeit finden dürfte. Er bezog sich dabei auf die Aussage Beckels: „Das, was inhaltlich in dem Vertrag steht – Anerkennung der Westgrenze, Verzicht auf kriegerische Maßnahmen und Aufgabe des Gedankens, auf dem Verhandlungswege die Grenzen ändern zu können – das ist unter deutschen Katholiken im wesentlichen ganz unbestritten.“

Mirimi

reg. Ges. m. b. H.

Milchring Niederösterreich Mitte

St. Pölten, NÖ., Kremser Landstr. 5

Institut B. M. V. der Englischen Fräulein

ST. PÖLTEN, LINZER STRASSE 11

lehr-erziehungsanstalt der dominikanerinnen

Gleisdorf - Steiermark

BENEDIKTINERSTIFT ST. PAUL-KONVIKT

Stiftsführungen täglich von 10.30 Uhr bis 15 Uhr

BIBLIOTHEK - KUNSTKABINETT

●
ST. PAUL i. L.

INSERIEREN IM

„FREIHEITSKÄMPFER“

BRINGT ERFOLG!

100 JAHRE
1869 - 1969

DAS ÖSTERREICHISCHE
PREBLAUER
HEIL-UND TAFELWASSER

für Ihre Gesundheit!

so rein wie die Natur es schenkt

Schärdingner



Für Schärdingner ist Qualität einfach selbstverständlich! Es selbstverständlich, daß die neuen Schärdingner-Käse-Packungen das rote Prüflegal tragen. Schärdingner-Qualität kann man jetzt gleich auf den ersten Blick erkennen, noch bevor man sie schmeckt –

NIEDERLASSUNG WIEN

ein guter Grund, Käse zu essen!

OKA

Großhandel für
Bau- und Industriebedarf

KARL BREYER

Wien 7, Kirchengasse 41, Tel. 932541 – 44

GROSS-KONDITIONEIREI**Karl Nahodil**

PHORUSGASSE 14
1040 WIEN
TELEFON 57 93 59

„HEIRU“**Antennen und Lusterzeugung****Komm.-Rat Rudolf Heinz**

Wien XIV,
Einwanggasse 48
Telefon 92 66 91,
92 34 78

Stift **ADMONT**

Gymnasium und Konvikt

Schenswürdigkeiten

Keller:
Speisen und Getränke

ING. ERICH REIMER

1070 Wien, Sigmundsg. 16, Tel. 93 5443

Installationsunternehmen für
Heizungen, Rohrleitungsbau,
Ölfeuerungs-, Gas- und Wasseranlagenbau

Besuchen Sie das weltbekannte

Augustiner Braustüberl

KLOSTER MÜLLN

Großer, schöner Garten

Größter Privatparkplatz Salzburgs

Zufahrt Luidhofstraße

Geöffnet: Werktags ab 15 Uhr,

Samstag, Sonntag ab 14.30 Uhr

Telefon 3 12 46



Stiftung Kuranstalt Badehospiz Badgastein
mit Unterwassertherapie-Station
Das Haus für Minderbemittelte
Günstige Kurpauschale für 25 Tage
Badehospiz Badgastein

Kardinal

Schwarzenbergisches
Öffentliches Krankenhaus

Schwarzach — St. Veit

ÖSTERREICHISCH-AMERIKANISCHE MAGNESIT AKTIENGESELLSCHAFT

RADENTHEIN

KÄRNTEN

Wührer's Parkhotel Bellevue

Hotel ersten Ranges

BADGASTEIN

Schon Paracelsus sagte: **Badstein**
ist eine gute Tat!



Wann gehen Sie nach Badgastein?

Warum warten Sie, bis Sie krank sind? Tragen Sie
Fesseln, haben Sie in Badgastein die größte Kur-
kraft und erholen Sie von verschiedensten
Krankheiten - HEILUNGSBADEN

Leiderle, Prospekt: Kurverwaltung Badgastein
404, A. L. Tel. 21 88, Telex 98 7822

STIFT SCHLIERBACH

■
GYMNASIUM
GLASMALEREI
KÄSEREI

Schlierbach, Oberösterreich

Buch- und Kunstdruckerei
Klischeeanstalt
Großbuchbinderei
Buch- und Papierhandlung

Klagenfurt,
Völkermarkter Ring 25

Carinthia

Filialen:

Klagenfurt, Sternallee 7
Wolfsberg, Kötschach
St. Veit a. d. Glan

Seehotel Werzer Astoria

PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE
9210 PÖRTSCHACH, KÄRNTEN

Hotel Central

R. & M. Bachbauer
Bad Hofgastein
Haus mit allem Komfort

Kolpingsfamilie Lehrlingsheim

Adolf-Kolping-Gasse 18
Klagenfurt
Telefon 2349